



Helmut Brandstätter
**LETZTER WECKRUF
FÜR EUROPA**



Helmut Brandstätter
Letzter Weckruf für Europa

Helmut Brandstätter

LETZTER WECKRUF FÜR EUROPA



www.kremayr-scheriau.at

ISBN 978-3-218-01223-2

Copyright © 2020 Verlag Kremayr & Scheriau GmbH & Co. KG, Wien

Alle Rechte vorbehalten

Schutzumschlaggestaltung: Sophie Gudenus, unter Verwendung eines Fotos von Robert Jaeger / APA / picturedesk

Typografische Gestaltung und Satz: Danica Schlosser

Lektorat: Stefanie Jaksch

Druck und Bindung: FINIDR s.r.o., Český Těšín

Mit freundlicher Unterstützung des

ZukunftsFonds

der Republik Österreich

**Für die Generation meiner drei
Kinder und ihre Nachkommen.
Mögen auch sie in einem friedlichen
Europa leben, das auf Freiheit,
Demokratie, Solidarität und Rechts-
staatlichkeit aufgebaut ist.**

INHALTS- VERZEICHNIS

VORWORT	7
KAPITEL 1: IDENTITÄT	13
KAPITEL 2: ILLUSION	31
KAPITEL 3: GESCHICHTE	45
KAPITEL 4: ENTSCLOSSEN	61
KAPITEL 5: SOLIDARITÄT	71
KAPITEL 6: GELD	85
KAPITEL 7: LERNEN	105
KAPITEL 8: LEBENSART	117
KAPITEL 9: BALKAN	145
KAPITEL 10: KANDIDATEN	161
KAPITEL 11: ZERFALL	201
KAPITEL 12: KRIEG	215
KAPITEL 13: REFORM	241
KAPITEL 14: KLIMAWANDEL	255
KAPITEL 15: WECKRUF	267

VORWORT

Sommer 2020. Ein Virus bestimmt das Leben überall auf der Erde, es bedroht unsere Art des freien und grenzenlosen Lebens und es beschleunigt die globale Machtverschiebung in Richtung China. In Europa wird darüber gestritten, ob und wie wir gemeinsam aus der größten Wirtschaftskrise seit den verhängnisvollen 1930er Jahren kommen.

Sommer 1990. Überall im ehemaligen Sowjetblock entstehen Demokratien, für die in vielen Ländern schon jahrelang gekämpft wurde. Die Deutschen handeln mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs die Details ihrer Wiedervereinigung aus. Am 3. Oktober tritt die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Der Ost-West-Konflikt scheint für immer beendet. Manche träumen vom ewigen Frieden und immerwährender Demokratie.

Diese 30 Jahre zwischen 1990 und 2020 haben Europa grundlegend verändert, aber nicht unbedingt so, wie wir uns das nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 erhofft hatten. Der Beitritt von acht ehemals kommunistischen Staaten zur Europäischen Union im Jahr 2004 und drei weiteren 2007 und 2013 verlief plangemäß, auch die Wirtschaftskrise nach dem Lehman-Crash im Jahr 2008 überstanden EU und Euro mit Mühe, aber letztlich sehr ordentlich. Aber in einigen ehemals kommunistischen Ländern funktionierte die Metamorphose der Funktionäre zu Dienern des Rechtsstaats nur vorübergehend. Der Versuchung, mit zusehends autoritären Methoden zu

regieren, erlagen vor allem die polnische Führungsschicht und Viktor Orbán in Ungarn.

Bei einem Besuch in Budapest Ende Februar 2020 erklärte mir der Politologe Ágoston Sámuel Mráz, Direktor des Orbán-nahen Think Tanks „Perspective Institute“, warum der ehemals liberale Viktor Orbán den starken Staat will: „Ungarn muss nationale Kapitalisten erziehen, öffentliche Verträge sollen in erster Linie Ungarn bekommen. Im Westen gab es auch lange Vorteile für nationale Kapitalisten, die heimische Wirtschaft zu entwickeln.“ Und Mráz weiter: „Die Ungarn wollen eine schützende Hand des Staates.“ Ich traf damals aber auch die liberale EU-Abgeordnete Katalin Cseh, die mir von Orbáns Kampagne gegen unabhängige Journalisten erzählte und forderte, dass EU-Gelder verstärkt in die Gemeinden gehen müssten, wo sie kontrolliert werden können, anstatt zu Orbáns Freunden.

Der Besuch in Budapest sollte der Beginn von Gesprächen werden, um den Wandel der jungen Demokratien zurück zu autoritären Gesellschaften zu verstehen. Und ich wollte den Balkan bereisen, um zu sehen, wie diese Länder auf die Aufnahme in die EU vorbereitet sind. Dass alle Staaten des Westbalkan zu Europa und in die EU gehören, davon war und bin ich überzeugt, aus historischen und sicherheitspolitischen Gründen.

Anfang März dieses Jahres war ich in Tirana, wo ich noch einige begeisterte Europäerinnen und Europäer treffen konnte, dann wurden die Grenzen geschlossen. Die weitere Recherche fand mittels vieler Gespräche per Video-Call statt.

Die Pandemie änderte den Schwerpunkt des Buches. Es geht nicht mehr nur um die Geschichte der letzten 30 Jahre, um den auch in Westeuropa verbreiteten Rechtspopulismus und die Gefahr des Rückfalls in autoritäre, korrupte Strukturen. Nach dem Ausbruch von Covid-19 habe ich mich stark auf die Zukunft der EU konzentriert: Schaffen wir es, gemeinsam aus der Krise zu kommen? Verstärkt die Bekämpfung des Virus womöglich

die Lust der Regierenden, den Rechtsstaat zu umgehen, auch im Westen? Wie soll der Aufnahmeprozess der Balkanstaaten weitergehen? Welche Gefahren drohen von außen, gibt es gar die Gefahr eines neuerlichen Krieges in Europa? Wie wird sich das im Juli in Brüssel beschlossene 1,8-Billionen-Euro-Paket der Europäischen Union auf den Zusammenhalt eines zusehends integrierten Staatenverbundes auswirken, der erstmals gemeinsame Schulden aufnimmt? Wird die EU Bestand haben, gar zu Vereinigten Staaten von Europa führen? Und wie wirkt die vielfältige Geschichte Europas nach, die die Menschen oft genug geteilt, durch den Nationalismus gegeneinander aufgehetzt und in Kriege geführt hat?

Auch hier spielt Ungarn eine besondere Rolle. In keinem anderen Land ist man so schnell beim Ersten Weltkrieg und dessen Folgen. Der starke Orbán spielt gerne das Opfer der Folgen von Trianon. Durch diesen Friedensvertrag hat Ungarn große Teile seines Gebietes verloren. Die Kleinen in Mitteleuropa müssten zusammenhalten, nicht nur die Visegrád-Gruppe mit Polen, Tschechien und der Slowakei, auch Österreich und einige Balkanstaaten sieht der Ungar als Teil einer Art „Mitteleuropäische Union“ autoritär regierter Länder gegen Frankreich und Deutschland. Feindbilder spielen in Europa plötzlich wieder eine große Rolle, nicht nur innerhalb der Nationalstaaten.

Beim viertägigen EU-Gipfeltreffen vom 17. bis 21. Juli 2020 war Orbán dann auch noch stolz darauf, dass die Einhaltung der Prinzipien des Rechtsstaats keine Auswirkungen auf Hilfszahlungen haben dürfe. Das war entlarvend, aber hier wird der Druck auf Orbán hoffentlich noch erhöht. Denn welches Signal sendet das an Balkanstaaten, die aus wirtschaftlichen Gründen der EU beitreten wollen, wo aber zum Teil Politiker regieren, die ihre alten, zum Teil korrupten Strukturen zum ewigen Machterhalt nutzen wollen? Und welches Signal geht davon aus, dass am Tag nach dem Gipfel der Chefredakteur der

Website *index.hu* gefeuert wurde, einer der letzten Kritiker Orbáns? Die Pressefreiheit ist in mehreren Staaten in Gefahr, und damit die Demokratie. Auch das gehört zur Analyse Europas im Jahr 2020.

Die EU hat schon beim Zerfall Jugoslawiens wenig Verständnis für die besonderen historischen Bedingungen des Balkan gezeigt, diese Fehler dürfen nicht noch einmal gemacht werden. Albanien und die noch nicht in der EU angekommenen Staaten Ex-Jugoslawiens gehören zu Europa, ihre Führungsschicht muss aber die Regeln und Werte anerkennen, wenn sie ihre Länder in die Union führen will. Das Europäische Parlament wird hier hoffentlich noch ein kräftiges Wort mitreden, auch bei der Verteilung des Wiederaufbaufonds, die an die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit gebunden werden muss. Die Europäische Union wird mit ihren Werten von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten überleben, oder sie wird nicht überleben.

Und wir werden die massiven Veränderungen der Weltordnung nur gemeinsam, als wirtschaftlich starker und militärisch sicherer Kontinent überstehen. Die USA sind auf dem Rückzug aus Europa, eine Entwicklung, die ein Präsident Biden höchstens verlangsamen würde. Daraus ergibt sich, dass sich Europa selbst mehr um seine Sicherheit kümmern muss. China ist auf dem Weg zur Nummer eins, und zwar mit allen wirtschaftlichen, politischen und militärischen zur Verfügung stehenden Mitteln. Diese wirken oft freundlich, wie das Projekt der „Neuen Seidenstraße“, aber die Führung in Peking will damit auch Europa spalten. Russland soll unser Partner werden, aber nur zu klaren Bedingungen der Einhaltung des Völkerrechts, dazu gehört auch das Respektieren von Staatsgrenzen.

Die Briten sind aus der EU ausgetreten, weil sie wieder souverän sein wollen. Wie wenig sie das wirklich sind, zeigt uns das Verhalten Pekings in Hongkong und die Hilflosigkeit Londons. Premierminister Boris Johnson kann die Faust ballen und

böse Briefe schicken, aber die Chinesen nehmen ihn, den Chef eines großen Landes mit Atomwaffen, nicht ernst. Ein vereintes Europa, das wirtschaftlich, politisch und militärisch wie eine Großmacht agiert, müssten sie akzeptieren.

Leider ist das eine Erkenntnis der Gespräche für dieses Buch. Krieg wird wieder möglich sein, und er wird wohl nicht mit einem Ansturm von Panzern oder Flugzeugen beginnen, sondern als hybrider Krieg mit Nadelstichen gegen demokratische Einrichtungen oder wichtige Infrastruktur. Dagegen können wir uns nur gemeinsam rüsten. Die Souveränität eines Nationalstaates ist pure Illusion, wahre Souveränität gibt es nur in einem starken, also einigen Europa.

Deshalb dieser Weckruf: 75 Jahre nach dem Ende des Zeiten Weltkriegs haben allzu viele Menschen in Europa, auch einige in den Staatskanzleien, nicht verstanden, dass alles auf dem Spiel steht: Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat.

Meine Kinder sind 15, 30 und 31 Jahre alt, ihnen und ihrer Generation ist dieses Buch gewidmet. Sie sollen in Frieden und Freiheit leben, so wie wir das durften. Und es ist gerade auch den jungen Leuten in den Staaten des Balkan gewidmet, deren Eltern und Großeltern noch das Trauma der grausamen Kriege der 1990er Jahre verarbeiten müssen, wo aber viele Jugendliche bereits über die Landesgrenzen hinweg zusammenarbeiten. Dabei brauchen sie mehr Unterstützung durch die EU. Das Bewusstsein dafür, dass wir auch eine gesunde Natur erhalten müssen, hat diese Generation viel stärker, als wir das hatten. Das EU-Programm ERASMUS hat viel geleistet, seit über 30 Jahren wurden über 4 Millionen Stipendien vergeben. Seit sieben Jahren gibt es auch ERASMUS+ für Lehrlinge, das leider noch zu wenig genutzt wird. Im Herbst 2019 wurden etwa 150 von rund 110.000 Lehrlingen ins Ausland geschickt. Vier Wochen InterRail für alle 18-Jährigen würden viel zum gegenseitigen Verständnis beitragen. Immerhin finanziert die EU auf Initiative

des Parlaments seit 2018 20.000 kostenlose Interrail-Tickets, die nach einer Ausschreibung vergeben werden.

Die Jugend Europas wird viel für den Zusammenhalt tun müssen, weil die Gefahren und Herausforderungen größer geworden sind. Die Populisten predigen Hass und Spaltung, weil sie davon profitieren, und nicht von funktionierenden Strukturen und wachsendem Wohlstand. Der Blick zurück zeigt ein Europa der Konflikte und Kriege, diese Geschichte müssen wir kennen. Dann wird der Blick nach vorne umso reizvoller, in ein Europa, in dem eine gemeinsame Identität immer selbstverständlicher wird.

Helmut Brandstätter, im August 2020

KAPITEL 1

IDENTITÄT

AUF DER SUCHE NACH DER EUROPÄISCHEN IDENTITÄT

*„Es geht Deutschland auf Dauer nur gut,
wenn es Europa gut geht.“*

Angela Merkel, 2020

Diesen Satz hat Angela Merkel Anfang April 2020, auf dem Höhepunkt der Corona-Krise, gesagt. Er war die knappe Antwort auf die Frage, ob und wie die reicheren Länder der Europäischen Union den ärmeren beim Aufarbeiten der Wirtschaftskrise helfen würden. Die Langzeitkanzlerin ließ keinen Zweifel daran, dass das Schicksal der Deutschen eng mit dem aller anderen Europäer verbunden ist, ja die Deutschen sogar vom Wohlergehen der anderen europäischen Staaten abhängig sind. Ihre Aussage klang wie ein Appell an die eigene Bevölkerung, jetzt nicht nur an Deutschland zu denken, sondern auch an diejenigen Länder, für die der Weg aus der beginnenden Rezession noch mühsamer werden würde. Der Satz steht auch symbolisch als Antwort auf die schon während der Krise gestellte Frage, ob die EU im Angesicht der großen Herausforderungen eher zusammenwachsen würde oder ob einige nationale „Führer“ die Chance nützen würden, sich und ihre jeweilige Regierung zu stärken und aus der EU wieder eine lose Wirtschafts-

gemeinschaft ohne gegenseitige Verantwortung zu machen. Und schließlich wusste Angela Merkel, dass ihre Ansprache nicht irgendeine Sonntagsrede zu Europa sein konnte, weil die anderen Mitgliedstaaten der EU sehr genau darauf achten würden, was und wie viel die Deutschen zum Wohlergehen aller Europäer beizutragen bereit sein würden.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat noch während der Krise geschrieben: „Unsere Europäische Union – davon bin ich überzeugt – kann aus dieser Situation gestärkt hervorgehen, so, wie sie es nach jeder Krise in unserer Geschichte getan hat.“ Ein interessanter Hinweis, der Mut machen sollte, und ein realistischer noch dazu. Die EU hat wahrlich bereits einige bewegte Jahrzehnte hinter sich. Jean-Claude Juncker, der in über 30 Jahren in der Politik, vor allem als luxemburgischer Premierminister und als Präsident der EU-Kommission, viele politische Stürme erlebt hat, gab sich mitten in der Krise optimistisch: „Nach der Krise werden wir bessere Europäer sein.“

Aber wie definieren wir das Europäer- oder Europäerin-Sein? Wer verspürt eine europäische Identität, und kann diese durch eine Krise gefördert werden? Kann man nur als Staatsbürger eines EU-Landes Europäer sein? Sicher nicht.

Oft hilft ein Blick von außen. Der britische Banker Stephen Green, geboren 1948, hat im Jahr 2015 ein Buch geschrieben: *The European Identity*. Green hat unter anderem in Asien gearbeitet und war zwischen 2011 und 2013 Handelsminister in der konservativen Regierung von David Cameron. Ausgerechnet ein Brite hat uns – und seiner Nation – noch vor dem Brexit-Referendum dargelegt, was uns alle in Europa ausmacht: „Europa hat gemeinsame Interessen und wesentliche Werte, die durch die Jahre der Geschichte hart erobert wurden. Diese gemeinsamen Werte sind Teil der europäischen Botschaft. Andere Schichten der Identität, die auf Geschichte, Kultur und Sprache beruhen, werden weiter national, regional oder lokal definiert werden, und sie sind auch

fundamental für das Selbstverständnis der Europäer. Diese gemeinsamen Werte der Europäer sind das Erbe von Ideen, die so überragende Persönlichkeiten wie Galileo, Erasmus, Descartes, Locke, Hume, Kant, Hegel, Darwin und viele andere erdacht haben. Aus den unterschiedlichen Perspektiven und ausgehend von vielen schmerzhaften Fehlentwicklungen und falschen Abzweigungen, die wir Europäer über Generationen gemacht und genommen haben, ist etwas grundsätzlich Bedeutendes für die Welt des 21. Jahrhunderts entstanden: eine Verpflichtung zu Rationalismus, Demokratie, individuellen Menschenrechten und Verantwortungsbewusstsein, Rechtsstaat, sozialem Mitgefühl und einem Verständnis für die Geschichte als dynamisch, offen und fortschrittlich. Und das verdient unsere Loyalität, das ist die Basis für einen europäischen Patriotismus.“ (*Übersetzung durch den Autor*) Wie recht er hat. Seine Definition eines „europäischen Patriotismus“ könnte uns über so manche Streitereien innerhalb der EU hinweghelfen.

Europa und die Europäische Union sind nicht Dasselbe. Europa ist der Kontinent, auf dem wir leben; die EU ist das erstmalige und deshalb so faszinierende Projekt, nach dem ewigen Kriegsgeschehen, das in zwei Weltkriegen gipfelte, eine Zone des Friedens zu gründen. Dennoch werden die EU und Europa im Folgenden manchmal synonym gebraucht werden, weil die EU bestimmend für die Zukunft Europas ist und sich auch Nicht-EU-Staaten wie die Schweiz an der Union und ihrem Binnenmarkt orientieren. Übrigens: Der Schweiz ist der Zugang zum Binnenmarkt der 27 EU-Länder viel wert. Sie zahlt rund 2 Milliarden Euro jährlich an die EU. Das ergibt sich aus Verträgen, die der Eidgenossenschaft Zugang zum EU-Binnenmarkt erlauben. Ein Zusammenhang ist völlig klar: Wenn die EU zerstört wird, dann wird das Leben in Europa wieder unsicherer und der Wohlstand wird in allen europäischen Ländern schrumpfen, nicht nur in den EU-Mitgliedstaaten. Das wissen

auch die Schweizer Politikerinnen und Politiker, die der EU nicht beitreten wollen, aber auf eine starke Union setzen.

Auch innerhalb der EU sind die Unterschiede groß: Der Luxemburger Juncker glaubt an einen Lernprozess, an dessen Ende die europäischen Staaten geeinter auf künftige Herausforderungen reagieren werden. Sie könnten das gemeinsam besser als die Nationalstaaten allein, wie er im April 2020 in einem Interview mit der Tageszeitung *Der Standard* sagte. Es gab und gibt aber auch die zu erwartenden gegenteiligen Stimmen, wonach die EU an allem schuld sein musste, was nicht funktioniert. Als in der ersten Märzwoche an der deutsch-österreichischen Grenze Lastwagen mit medizinischer Schutzausrüstung festgehalten wurden, protestierte der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz und meinte, die EU müsse sich nach der Krise „eine kritische Auseinandersetzung gefallen lassen“. Derselbe Kurz, der zuvor selbst Grenzschießungen angeordnet hatte.

Die Europäische Union wird sich in den kommenden Jahren verändern, so viel steht fest. Aber wie? Werden wir mehr Solidarität und Gemeinsamkeit erleben – oder den Weg zurück zu den Nationalstaaten gehen? Diese können dann im besten Fall eine mehr oder weniger erfolgreiche Zollunion etablieren. Vielen, die jetzt den neuen Nationalismus herbeireden wollen, mit recht platten Worten, aber sehr tiefgehenden Emotionen, ist hoffentlich nicht bewusst, dass sie mit dem Feuer künftiger Konflikte oder gar Kriege spielen, sonst wäre ihr Bemühen noch schlimmer. Das Szenario, das die Folge des neuen Nationalismus wäre: ein zersplittertes Europa, in der Mitte das ökonomisch starke Deutschland mit mehr als 80 Millionen Einwohnern, dazu im Osten Europas Länder mit einer verblässenden Demokratie, viele junge Menschen in den Balkanstaaten ohne Perspektive, eine verstärkte Verarmung nicht nur in den südlichen Ländern, überall steigende Arbeitslosigkeit, ein aggressiver türkischer

Präsident, dazu Islamisten, die auf dem Balkan immer aktiver werden und schließlich ein global engagiertes China, das zunehmend die Infrastruktur der EU kontrolliert und dadurch die Union spaltet. Dieses explosive Gemisch wäre eine Traumkonstellation für politische Zünder. Das wäre der Anfang vom Ende des friedlichen Europas, wie wir es kennen. Das und nicht weniger steht auf dem Spiel.

Um die drohenden Konsequenzen einer solchen Konstellation zu verstehen, muss man bei jener Generation nachfragen, die das alles tatsächlich erlebt hat: den übersteigerten Nationalismus gefolgt vom Hass, den Krieg mit mehr als 60 Millionen Toten und erst danach den gemeinsamen Aufbau eines erstmals friedlichen Europas.

„Nationalismus heißt Krieg. Krieg, das ist nicht nur Vergangenheit. Er kann auch unsere Zukunft sein.“

François Mitterand, 1995

„Unsere Zukunft ist Europa – eine andere haben wir nicht.“

Hans-Dietrich Genscher, 2015

Diese beiden Staatsmänner haben erlebt, wie schnell aus Abwertung Hass und aus Drohung Krieg werden kann. François Mitterand wurde 1916 in der Nähe der Stadt Cognac geboren, kam als Soldat in deutsche Kriegsgefangenschaft, ging als Mitarbeiter der Vichy-Regierung in den Widerstand, dann zu Charles De Gaulle, dem Präsidenten der Exil-Regierung, nach London und war zwischen 1981 und 1995 Staatspräsident. Das Bild, auf dem er und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl am 22. September 1984 über den Kriegsgräbern von Verdun einander die Hand reichen, steht ikonografisch für die historische Tiefe der deutsch-französischen Freundschaft.

Diese beeindruckende Szene wirkte völlig spontan und war es auch, wie der Fotograf später erzählte. Beide Staatsmänner hatten in diesem Moment persönliche Erinnerungen: Bei der Schlacht von Verdun, im Nordosten Frankreichs, war Mitterand im Juni 1940 verletzt worden. Kohls älterer Bruder Walter war im Krieg gefallen.

Hans-Dietrich Genscher aus Halle an der Saale, einer Stadt, die im Lauf der Geschichte immer wieder zu einem anderen Reich oder Staat gehörte, trat im Jahr 1944 der NSDAP bei, war in amerikanischer Kriegsgefangenschaft, verließ 1952 die DDR und verhandelte im Jahr 1990 als Außenminister gemeinsam mit Helmut Kohl die deutsche Einheit. Schon Monate davor, am 30. September 1989, also vor dem Fall der Mauer, konnte ein sichtlich bewegter Genscher den DDR-Flüchtlingen in der Prager Botschaft mitteilen, dass sie in die Bundesrepublik ausreisen dürften. Auch ein Bild für die Geschichtsbücher.

Diese beiden Männer stehen für eine Generation, die alles erlebt hat: Diktatur, Krieg, Frieden, Wiederaufbau, Wohlstand und ein Europa, wie es zuvor nicht existiert hat. Beide Zitate stammen aus dem jeweils letzten Lebensjahr von Mitterand und Genscher. Da werden auch politische Alphanime pathetisch, oder sie spüren, dass Frieden und Freiheit in Europa auf Dauer eben nicht selbstverständlich sein werden. So sind diese Sätze auch eine ebenso kurze wie präzise Bilanz des 20. Jahrhunderts.

Kriege wurden in Europa immer geführt, seit dem Entstehen der Nationalstaaten wurden diese immer blutiger und mit immer mehr Emotionen aufgeladen. Der Westfälische Friede von 1648 brachte immerhin erstmals die formale Gleichberechtigung der Staaten. Nach dem Dreißigjährigen Krieg erkannten die Staaten einander als Träger politischer Herrschaft an. Otto von Bismarck erklärte das Deutsche Reich, das er nach dem Krieg gegen Frankreich 1870/71 zu einem späten Nationalstaat

machte, für saturiert, doch Kaiser Wilhelm II. reichte das nicht. Er wollte ein Weltreich mit einer großen Flotte. Dieser Traum ging im Ersten Weltkrieg unter, Hitler setzte mit dem Zweiten Weltkrieg nicht nur die ganze Welt in Brand, sondern zerstörte mit seinem Wahnsinn auch die mühsam erreichte Einheit der Deutschen in einem Staat.

Aus Feinden werden Freunde

Das Jahr 1945 war die erste große Zäsur, weil Sieger und Besiegte erstmals erkannten, dass sie einander für eine friedliche Zukunft brauchen würden. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1952, die sogenannte Montanunion, war die zweite. Dadurch haben Sieger und Verlierer, die ehemaligen Feinde Deutschland, Frankreich, Italien und die drei Benelux-Staaten die Kontrolle über die kriegswichtigen Produkte Kohle und Stahl einer supranationalen Behörde übertragen. Damit war eine in Europa bis dahin undenkbar Idee umgesetzt, nämlich dass die Nationalstaaten Souveränität aufgeben, um gemeinsam als souveräne Einheit und dadurch viel stärker aufzutreten. Dass die Montanunion nur zwölf Jahre nach dem Krieg durch die Römischen Verträge in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mündete, war die dritte Zäsur. Der Euro sollte dann am Beginn einer politischen Union stehen. Ob die Reihenfolge die richtige war, also die Einführung des Euro ohne Wirtschaftsunion, darüber lässt sich ebenso trefflich wie sinnlos streiten. Nun aber könnte das Corona-Virus den Einigungsprozess der EU wieder zerstören. Oder im Idealfall die Wirtschaftsunion, die zur Währungsunion zwingend dazu gehört, bringen. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, stets Realist und rationaler Rechner, hat diese Hoffnung im Sommer 2020 in mehreren Interviews geäußert.

Die Generation, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Fehler von früher nicht wiederholen und endlich ein friedliches Europa aufbauen wollte, kam von beiden Seiten des Schlachtfelds. Die Römischen Verträge unterzeichneten Männer, die kurz zuvor noch erbitterte Feinde gewesen waren. Walter Hallstein, Adenauers Staatssekretär und deutscher Mitunterzeichner, war zwar nicht Mitglied der NSDAP, aber als Universitätsprofessor aktiv in Nazi-Organisationen und ab 1942 Offizier der Wehrmacht. Aus den anderen Ländern kamen überwiegend Kriegsteilnehmer, deren Heimat von Deutschen überfallen worden war. Viele waren im Widerstand aktiv, wie der Franzose Christian Pineau. Der Sozialist wurde dafür im KZ Buchenwald interniert. Der Luxemburger Christdemokrat Lambert Schaus war als Zwangsarbeiter in Deutschland beim Bau der Autobahn eingesetzt, sein Landsmann Joseph Bech war Teil der Exilregierung in London.

Aber auch die nächste Generation, der auch ich angehöre, die den Krieg nicht mehr erlebt hat und in Frieden und wachsenden Wohlstand hineingeboren wurde, spürte noch die Auswirkungen unserer blutigen Geschichte. Als ich im Jahr 1981 als Volontär bei der Kommission in Brüssel gemeinsam mit rund hundert anderen jungen Leuten arbeitete, kamen wir manchmal beim Abendessen darauf, dass unsere Väter vielleicht aufeinander geschossen hatten oder dass Verwandte aus ihrer Heimat vertrieben wurden, entweder während des Krieges oder danach. Wir wollten für ein starkes Europa arbeiten, weil uns noch bewusst war, dass ein friedliches Zusammenleben in Europa nicht selbstverständlich ist. Diese einfache Erkenntnis ist in den letzten Jahren verlorengegangen oder sie wurde von Populisten, die Wählerstimmen durch die Abwertung anderer Nationen gewinnen wollten, bewusst torpediert.

Nationalstaaten als Spiegel für ehrgeizige Politiker

Die Corona-Krise des Jahres 2020 hat – 75 Jahre nach Ende des weltweiten Völkerschlachtens und des beispiellosen Verbrechens des Holocaust mit insgesamt rund 70 Millionen Toten – offengelegt, was in den Jahren zuvor schon gährte. Einige führende Politiker in den Nationalstaaten waren auf einmal keine Europäer mehr, die gemeinsam eine Pandemie bekämpfen wollten, sondern gaben sich als nationale Führer, die aus der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg einen persönlichen Sieg machen wollten. Das gilt nicht für alle, aber die Versuchung, Schlagbäume und Militär als Schutz gegen einen unsichtbaren Gegner und sich selbst als Spender von Vertrauen zu zeigen, war allzu groß.

Die gesamten Folgen der Pandemie sind noch nicht absehbar, aber deutliche Einschnitte in unser gewohntes Leben sind bereits passiert. Die Wirtschaft ist rasend schnell und massiv eingebrochen, deutlich stärker als bei der Finanzkrise in den Jahren nach 2008. Die Arbeitslosigkeit ist trotz großzügiger Kurzarbeitsprogramme so hoch wie nie seit den 1930er Jahren, Gräben tun sich auf zwischen Menschen mit sicheren Jobs und solchen, die vielleicht keine Arbeit mehr finden werden. Denn die Digitalisierung unseres Lebens wird einen weiteren Schub erfahren, und zwar zunächst mit der Konsequenz, dass Innovationen zu höherer Produktivität bei weniger Beschäftigung führen werden. Digitalisierung erleichtert die Überwachung der Menschen, wie wir aus China wissen. Diese und andere Fragen werden uns noch lange beschäftigen.

Auch China ist von der Krise betroffen, erholt sich aber bereits wieder. Chinesische Konzerne werden die Schwäche der europäischen Wirtschaft ausnützen wollen und versuchen, Unternehmen der Hi-Tech-Branche, deren Wert durch den Aktien-

kurs gesunken ist, billig zu übernehmen. Dagegen werden sich kleine europäische Volkswirtschaften nur schwer wehren können. Der Handel wird sich stärker ins Internet verlagern, was wiederum amerikanischen Konzernen wie Amazon nutzen wird. In Europa werden auf Dauer Arbeitsplätze wegfallen. Höhere Arbeitslosigkeit hat immer negative Auswirkungen auf die Gesellschaft. Wir sind geradezu abhängig von ökonomischem Wachstum, niemand weiß, wie wir mit einer auf Dauer schrumpfenden Wirtschaft umgehen sollen.

Aber was sind die politischen Folgen? Angela Merkel hat in einer Regierungserklärung Mitte Juni 2020, knapp vor Übernahme der halbjährlichen EU-Präsidentschaft, vor den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie gewarnt: „Wir dürfen nicht naiv sein. Die antidemokratischen Kräfte, die radikalen, autoritären Bewegungen, warten ja nur auf ökonomische Krisen, um sie dann politisch zu missbrauchen.“ Als aus der AfD-Fraktion laute Zwischenrufe kamen, erwiderte sie: „Scheint sich jemand angesprochen zu fühlen.“

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán trat ganz unverblümt auf und schaltete das eigene Parlament aus. Er werde mit Notverordnungen regieren, solange er wolle, ließ er wissen. Hat der Druck aus dem europäischen Ausland dafür gesorgt, dass Orbán Mitte Mai einige Bestimmungen zurückgenommen hat? Sicher ist, dass es ihm wichtig war, die Nachrichten darüber in der EU zu verbreiten. Dass Verschärfungen im Strafrecht bleiben, hat er nicht erwähnt.

Viktor Orbán und seine Brüder im Geiste wollen die Krise nutzen, um ein anderes Europa zu formen. Am 9. Juli veranstaltete der ungarische Ministerpräsident gemeinsam mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić, dem slowenischen Ministerpräsidenten Janez Janša und François-Xavier Bellamy, einem französischen Abgeordneten der Republikaner, eine Videokonferenz unter dem Titel „Europa unzensuriert“. Dabei

erklärte Orbán, die Zentraleuropäer sollten die „Westeners“ mit ihrem „semi-marxistischen Konzept“ auffordern, sie in Ruhe zu lassen. Die Forderung nach Einhaltung rechtsstaatlicher Regeln ist auch für Janša „kultureller Marxismus“. Heftige Konflikte für den Juli-Gipfel waren da schon vorgezeichnet, die dann auch bei der Verteilung der Milliarden des EU-Aufbauplans ausgebrochen sind. Einige westliche Staaten wollten die Förderung an die Einhaltung rechtsstaatlicher Regeln binden. Orbán sprach nachher davon, dass es Versuche gab, ihn zu erniedrigen. Aber: „Ich habe den Stolz unserer Nation verteidigt.“ Der Stolz der Ungarn besteht also darin, den Rechtsstaat nicht mehr ernst zu nehmen? Wir wollen nicht glauben, dass das die Mehrheit der Ungarn so sieht.

In Österreich agierte die Regierung zunächst geschickt und band auch das Parlament ein, aber dass ausgerechnet ein grüner Gesundheitsminister, der durchaus sensible Rudi Anschober, eine Verordnung erließ, wonach geregelt wurde, wie viele Personen sich in Privathaushalten aufhalten dürfen, sorgte doch für eine böse Überraschung. Dass der österreichische Nationalrat in sehr schnell beschlossenen Gesetzen der Regierung Ermächtigungen erteilte, die in Friedenszeiten normalerweise undenkbar sein sollten, war notwendig, musste aber auch Misstrauen hervorrufen. Und erst recht, dass die Regierung Ausgangssperren verkündete, deren juristische Grundlagen fehlten. Am 15. Juni 2020 konfrontierte Armin Wolf Bundeskanzler Sebastian Kurz in der ZIB 2 mit der Tatsache, dass dieser ohne rechtliche Grundlage erklärt hatte, es gäbe nur vier Gründe, das Haus zu verlassen. Und dass Strafen verhängt wurden, die von den Verwaltungsgerichten später aufgehoben wurden. Das Land Niederösterreich hat sogar pauschal alle Strafen aufgehoben. Kurz dazu eher kleinlaut: „Das kann ich nicht beurteilen.“ Während der Pandemie hat er entschlossener geklungen. Krisen verführen von der Macht leicht zu Verführende.

Viele Regierungen verspürten auch die Versuchungen digitaler Kontrollmöglichkeiten. Wie tief diese Überwachung per Smartphone in China schon vor dem Virus gegangen war, haben die westlichen Medien schon länger verwundert beschrieben. Das könnte auch bei uns Alltag werden. Ebenfalls erschreckend: Die Grenzen, die es seit dem Schengen-Abkommen, erstmals vereinbart im Jahr 1985 und seither verfeinert, nicht mehr geben sollte, wurden dafür missbraucht, medizinisches Material zu blockieren. Eine Union, also der Zusammenschluss und gemeinsame Aktionen der Staaten, waren plötzlich die Ausnahme in Europa. 35 Jahre nach der Abschaffung der Schlagbäume existierte plötzlich wieder ein Europa der Grenzen.

Eine neue Generation von „starken Männern“

Ja, es geht – fast – nur um männliche Politiker. Wenn man von Wien in einige Staaten des Balkans blickt, dann entdecken wir Parallelen. Und es stellt sich immer stärker die Frage, was heute Menschen dazu bewegt, in die Politik zu gehen. In der Generation nach dem Zweiten Weltkrieg war das klar: Männer wie Adenauer oder De Gaulle wussten, dass ein neuerlicher Krieg den Kontinent und ihre beiden Länder endgültig zerstören würde. In Österreich hatten Leopold Figl oder der spätere ÖGB-Chef und Innenminister Franz Olah erlebt, wohin Hass führte. Im Konzentrationslager Dachau hatten sie Zeit, darüber zu reden. Das änderte nichts daran, dass sie einen klaren Kompass für ihre unterschiedlichen politischen Überzeugungen hatten und, ihrem inneren Kompass folgend, nach dem Krieg mit vielen anderen eine erfolgreiche Demokratie mit einem funktionierenden Rechtsstaat aufbauten.

Nun sind die Ausgangslagen am Balkan und in Österreich grundsätzlich verschieden, haben aber ähnliche politische Player hervorgebracht.

In Österreich ist mit Sebastian Kurz und seinem ihm ergebenen Umfeld, bestehend überwiegend aus jungen Frauen und Männern, eine ideologie- und ideenbefreite Generation angetreten, für die ein politisches Projekt lediglich die Funktion hat, eine Botschaft zu produzieren – und diese hat nur einen Zweck: Sie soll den Anführer in das bestmögliche Licht zu rücken. So lud der junge Kurz zum „24-Stunden-Verkehr“ mit der U-Bahn ein, weil das lässig klingt. Vor dem EU-Gipfel im Juli warnte er vor einer EU als „Schuldenunion“, um bestehende Ressentiments gegen Europa zu mobilisieren. Die ÖVP setzt eben auf die versprengten FPÖ-Wähler.

Fazit: Weder war in Wien ein verkehrspolitisches Konzept zu erkennen, noch zeigte die ehemalige Europapartei ÖVP bisher eine Überzeugung oder gar Ideen, wie die Institutionen der EU zum Vorteil aller besser funktionieren könnte. Das Foto von heute und die Schlagzeile von morgen sind das ganze Programm. Als Integrationsstaatssekretär ließ sich Kurz gerne beim Fastenbrechen mit Muslimen fotografieren, es schien ihm opportun. Als später viele Flüchtlinge kamen, bot das „Schließen der Balkanroute“ eine publicity-trächtige Schlagzeile. Das Prinzip ist dasselbe geblieben, aber jetzt geht es um etwas: um unsere Zukunft in Europa, um Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Filip Radunović, österreichischer Politologe mit montenegrinischen Wurzeln und großer Analysefähigkeit, denkt auch an Österreich, wenn er vom Balkan und der Gemeinsamkeit der Erben Titos spricht: „Der montenegrinische Ministerpräsident Đukanović, der serbische Präsident Vučić, der albanische Regierungschef Rama und andere haben die Fähigkeit, sich durch mehrere politische Metamorphosen immer dem politischen Momentum anzupassen. Sie haben noch die Ausläufer

des Titoismus erlebt, dann aber ab den frühen 1990er Jahren den Zeitgeist aufgenommen, der ja zunächst frei von Werten war. Da war und ist absolute Loyalität wichtig, das beobachte ich auch in Österreich, dazu kam ein dubioses Verständnis von Rechtsstaat und eine Art ‚Orwellismus‘. Damit meine ich, dass diese Politiker die Sprache verwenden, um zu verschleiern. Vor allem der serbische Präsident Milošević konnte überzeugt Dinge formulieren, wenn er deren Gegenteil meinte.“ Wollen diese Politiker in den Balkanstaaten ihre Länder überhaupt in die EU führen, wohl wissend, dass sie Macht abbauen und Rechtsstaatlichkeit aufbauen müssten? Darum wird es in den Kapiteln *Balkan* und *Kandidaten* (ab S. 145) gehen, aber sicher ist, dass politisches Personal mit klaren Überzeugungen und historischem Bewusstsein seltener wird, in der EU und außerhalb. Zum Zusammenhalt trägt das nichts bei.

Europäische Identität als Ergebnis unserer Vielfalt

Die Europäische Union war bereits vor der Bedrohung durch das Corona-Virus im Begriff, langsam zu zerbröseln. Das haben viele gemerkt und wurden nicht gehört, andere haben diesen Prozess bewusst beschleunigt. Jetzt müssen die Regierungen und die Bürger, die es sich in der Europäischen Union recht gemütlich eingerichtet haben, endlich aufwachen, jetzt geht es darum, den Verfallsprozess zu stoppen – oder sich der Konsequenzen einer zerstörten Union bewusst zu werden.

Es gab natürlich positive Beispiele während der Corona-Krise: die Krankenhäuser, die Patienten aus anderen Staaten aufgenommen haben, die Kooperation der Wissenschaftler, die an Therapie und Impfung forschten, auch die zu Beginn recht schnellen Absprachen der Finanzminister für die erste gemein-

same Finanzierung der Folgen der Krise. Aber das starke Gefühl, dass alle Staaten diese riesige Herausforderung gemeinsam annehmen würden, die gab es im Sommer 2020 nur vereinzelt in Europa. Sonst hätten ja nicht manche Politiker durchaus in guter Absicht, aber etwas zu laut betonen müssen, dass die EU aus dieser Krise gestärkt hervorgehen würde.

Neben zahlreichen Fakten wird es in diesem Buch auch um Emotionen gehen, weil diese in unserer Social-Media-Bilderwelt immer wichtiger werden und von der offiziellen Politik der EU-Kommission ohnehin sträflich vernachlässigt werden: Wer bin ich? Ein Österreicher? Ein Wiener? Ein Europäer? Oder einfach ein Mensch, der ein Leben lang die Vielfalt Europas mit sehr viel Freude in sich aufgenommen hat? Was spüre ich, wenn ich die österreichische Bundeshymne höre und die rot-weiß-rote Fahne sehe? Mit welchen Gefühlen höre ich die Europahymne? Muss es ein Widerspruch sein, Österreichs große Söhne und Töchter zu besingen und gleichzeitig zu jubeln, dass alle Menschen Brüder werden, wie es nach Friedrich Schillers Text in Beethovens Europahymne heißt? Auch die Komponisten und Autoren der beiden Hymnen bilden mehr europäische als nationale Identität ab: Paula von Preradović war die Tochter eines kroatischen Dichters und k.u.k-Offiziers, Wolfgang Amadeus Mozart setzte in seiner Arbeit europäische Geistesgeschichte in geniale Melodien um, der in Marbach am Neckar geborene Friedrich Schiller war der deutsche Dichter der Freiheit und bekam 1792 auch die französische Ehrenbürgerschaft verliehen, und der „Wiener“ Ludwig van Beethoven aus dem rheinischen Bonn schrieb mit *Fidelio* eine große Freiheitsoper. Auch heute noch brauchbar ist sein Zitat über das richtige Leben: „Wohltun, wo man kann; Freiheit über alles lieben; Wahrheit nie – auch sogar am Throne nicht – verleugnen.“

Es ist wunderbar, in einer vielfältigen Landschaft leben zu dürfen und Teil einer historisch oft mühsam gewachsenen Ge-

sellschaft zu sein, die einen weltweit einmaligen Reichtum an Sprachen, Erfindungen und kulturellen Leistungen hervorgebracht hat und die sich ihrer schwierigen Vergangenheit stellt. Vor allem aber: Wir sind Teil einer Gemeinschaft, die sich weiterentwickelt hat, die aus der Geschichte gelernt hat, die auf hier entstandenen Menschenrechten und Werten beruht, die zumindest theoretisch überall auf der Welt anerkannt werden. Als europäische Werte und als Teil unserer europäischen Geschichte.

Es gibt die vielbeschworene europäische Identität bereits. Die 75 Jahre von Frieden, Freiheit und Wohlstand im Westen, kombiniert mit dem erfolgreichen Kampf mittel- und osteuropäischer Völker um ihre Freiheit von den kommunistischen Regimen vor über 30 Jahren ist eine einmalige Erfolgsgeschichte. Die Kriege am Balkan haben dort auf grausame Weise verdeckte Konflikte offengelegt, aber die Staaten arbeiten zum Teil recht erfolgreich am Aufarbeiten ihrer komplizierten Geschichte, die zum Teil auch unsere in Österreich ist. Wir müssen dazu stehen, dass sich die gemeinsame europäische Identität aus vielen Konflikten entwickelt hat, dann wird unser Zusammenleben ganz selbstverständlich werden. Immer mehr Menschen spüren, was diesen Kontinent ausmacht und dass wir trotz aller Unterschiede viel Gemeinsames teilen. Genau diese Vielfalt macht die europäische Identität aus, und deshalb ist sie kein Widerspruch zu einer nationalen Identität.

Und jetzt noch die Gretchenfrage: „Nun sag, wie hast du's mit der Religion?“, heißt es in Goethes *Faust*. Bemüht wird dann oft die ebenso beschönigende wie unrichtige Floskel vom christlich-jüdischen Erbe. Nun, dieses gibt es höchstens in dem Sinn, dass das Christentum zum Teil auf die Schriften des Judentums aufbaut. Sonst ist es das Christentum, das den Kontinent und die Menschen seit der konstantinischen Wende im Jahr 313 und der darauffolgenden Ernennung zur Staatsreligion des Römischen Reiches im Jahr 380 bestimmte. Wobei Kaiser Konstantin auch

gegenüber den Juden Toleranz zeigte und im Jahr 321 ein Edikt erließ, wonach Juden in der Kölner Stadtverwaltung arbeiten dürfen. Das ist der älteste Hinweis auf jüdisches Leben nördlich der Alpen. Später wurde die jüdische Bevölkerung oft bestenfalls geduldet, um sie als Händler oder Banker zuzulassen, immer wieder ausgegrenzt oder gar in schrecklichen Pogromen verfolgt. So gehört auch der Holocaust zu unserer Geschichte. Die Erinnerung daran und ein glaubwürdiges „Nie wieder!“ müssen Teil des europäischen Erbes sein. Und unser Respekt muss darüber hinaus allen Opfern des Nationalsozialismus gelten.

Das Christentum war prägend, zunächst im Untergrund, dann als katholische Staatsreligion in Verbindung mit der staatlichen Macht, wo das Versprechen des Himmelreichs gefügig machen sollte: als staatlicher Protestantismus, nationale Orthodoxie in den slawischen Ländern und schließlich als Auslöser oder auch nur Ausrede für Religionskriege. Der Wiener Kardinal Christoph Schönborn hat mir in einem Interview einmal klar gesagt, dass sich die Aufklärung positiv auf die katholische Kirche ausgewirkt hat. Das Primat des Staates über jede Religionsgemeinschaft darf nicht in Zweifel gezogen werden, das hat die katholische Kirche mühsam gelernt, das müssen manche Muslime noch verstehen, wenn sie in Europa leben wollen. Gelebte christliche Nächstenliebe haben Organisationen wie Caritas oder Diakonie im Zuge der Flüchtlingskrise bewiesen. Sie haben nicht danach gefragt, wer welcher Religion angehört, sondern einfach geholfen haben. So gesehen hat das „christliche Abendland“, das Viktor Orbán so gern beschwört, mit gelebtem Christentum nichts zu tun. Die Trennung von Kirche und Staat muss in Europa ebenso unbestritten sein wie Religionsfreiheit, aber auch das Faktum, dass nur staatliche Gesetze gelten können. Das hat jeder zu akzeptieren, der hier leben will.

Wer gefährdet das Zusammenwachsen, das Herausbilden der gemeinsamen Identität? Im Moment sind es gar nicht die

rückwärtsgewandten Nationalisten, die diesen Prozess gefährden. Es sind vielmehr Politiker, die aus Unsicherheit darüber, wie ein gefährliches Virus einzudämmen ist, wieder nur in nationalen Dimensionen denken und handeln. Und Populisten, die die Angst der Menschen für autoritäre Maßnahmen nützen und noch mehr Angst schüren, um als „starke Männer“ auftreten zu können. Die Geschichte der letzten 75 Jahre beweist, dass wir die großen Herausforderungen immer nur gemeinsam bewältigt haben. Das Virus weist uns darauf hin, dass nun vieles, was selbstverständlich war, gefährdet ist: unsere Sicherheit, unser Wohlstand, generell unsere an Freiheit orientierte Lebensart. Um das alles zu erhalten, müssen wir jegliche Illusion verlieren und gemeinsam das Richtige tun.